

Forum Einwohnerrat Thayngen

Parlament Ja oder Nein – das ist die Frage!

Bei der Frage, ob Parlament oder Gemeindeversammlung, liefert der Blick auf die ganze Schweiz wichtige Erkenntnisse und ermöglicht eine Einordnung sowie den Vergleich von Vor- und Nachteilen.

Von Michael Strebel*

Die Initiative zur Wiedereinführung der Gemeindeversammlung in Thayngen hat überregional zu Schlagzeilen geführt. Ein Grund mag darin liegen, dass die Exekutive der Legislative deren Abschaffung beantragt und gleichzeitig die gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Staatsgewalten betont. Eine nähere Betrachtung der Argumente in der Stellungnahme des Gemeinderats lenkt den Blick auf generelle und überregionale Phänomene.

Die Exekutive weist auf die weite Verbreitung der Gemeindeversammlung als Organisationsform für kleinere und mittlere Gemeinden hin, die sich seit vielen Jahren erfolgreich im ganzen Land bewähre. Zudem sei in der Deutschschweiz hauptsächlich in grossen Orten ein Gemeindeparlament installiert, weil die Durchführung von Versammlungen ab einer gewissen Anzahl an Teilnehmern sehr erschwert würde.

Schauen wir uns die einzelnen Punkte genauer an. Der Blick auf die gesamte Schweiz zeigt: Von den Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern hat jede zehnte ein Parlament, bei den Gemeinden mit 1000 bis 5000 Einwohnern jede fünfte, bei denen mit 5000 bis 10000 Einwohnern jede vierte. Die Gemeindeversammlung bei Orten mit bis zu 10000 Einwohnern ist somit am häufigsten. Andererseits ist Thayngen mit seinen etwas mehr als 5500 Einwohnern und dennoch einem Parlament kein Ausnahmefall. Ab 10000 Einwohnern kehren sich die Verhältnisse langsam um und die Gemeinden mit Gemeindeversammlung sind ab 15000 Einwohnern in der Minderheit. Mathematikbegeisterte Leser dürfen gerne berechnen, wie gross der Versammlungsort einer Gemeinde mit 10000 Stimmberechtigten sein müsste, je nach Partizipation. Alle Gemeinden mit mehr als 30000 Einwohnern verfügen über ein Parlament.

Bei den Gemeinden ab 10000 Einwohnern ist viel in Bewegung; nur noch drei Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern haben kein Parlament, und eine davon, Rapperswil-Jona, die bevölkerungsreichste, wird mit hoher Wahrscheinlichkeit dem-



nächst die Einführung beschliessen. Initiator für den Systemwechsel: die Exekutive. Im luzernischen Ebikon (13849 Einwohner) wurde gerade die Einführung eines Parlaments beschlossen. Im Kanton Tessin lassen sich viele Gemeindezusammenschlüsse beobachten – die Einführung eines Parlamentes ist dabei der Normalfall.

Die Anzahl der jeweiligen Gemeindeorganisationen ist nicht das alleinige Kriterium, um den «Erfolg» zu beurteilen. Vielmehr sollten die Vor- und Nachteile betrachtet werden, und zwar vor dem Hintergrund der Realität. Wetzikon im Kanton Zürich beispielsweise führte vor wenigen Jahren ein Parlament ein, weil die Teilnahme an der Gemeindeversammlung zu gering war. Eine überschaubare Partizipation im unteren einstelligen Prozentbereich ist für viele Gemeinden eine Realität, was einerseits die Repräsentativität von Entscheiden ins Zentrum rückt und es andererseits ermöglicht,

«Die vorliegende Initiative kann die Chance eröffnen, das seit 1941 bestehende politische System Thayngens mit seinen Prozessen zu prüfen und gegebenenfalls staatspolitisch zu justieren.»

durch gezielte Mobilisierung Entscheide in die gewünschte Richtung zu forcieren. Auch die inhaltliche Mitwirkung der anwesenden Stimmberechtigten wird oft als durchgezogen beurteilt, ebenso wird die Kontrollfunktion durch die Gemeindeversammlung, verglichen mit einem Parlament, als weniger umfassend wahrgenommen.

Die vorliegende Initiative kann die Chance eröffnen, das seit 1941 bestehende politische System Thayngens mit seinen Prozessen zu prüfen und gegebenenfalls staatspolitisch zu justieren. Wird etwa der Einfluss der Bevölkerung aufgrund des Parlaments als zu gering beurteilt, so lohnt sich auch hier der Blick in andere Kantone, denn es gibt ein breites Instrumentarium, um die Möglichkeiten zur Partizipation zu erweitern.

* Michael Strebel ist promovierter Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Parlamentarismus und politische Systeme